



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Magebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

so unerschöpflich ist, daß es sie stets befriedigen kann; viele andre werden finden, daß ihr Genuß und Urteil an Frische oder Originalität nichts verliere, wenn das betreffende Kunstwerk, mag es zu den großen oder zu den mittelmäßigen gehören, bei seiner Aufnahme zur vollen Wirkung und Geltung, kurzum: zu seinem Rechte gekommen ist. Denn Bildung, Reise und hingebendes Verständnis hindern niemand, sich an der Schönheit zu begeistern, und Venus Urania erscheint uns nur um so herrlicher, je demütiger wir sie begreifen.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Europa und Asien. Europa ist eine lahme Gans, und da sich vor einer lahmen Gans nicht einmal ein kleiner Junge zu fürchten braucht, so thun die Griechen recht daran, Europa als Lust zu behandeln. Die europäischen Diplomaten sind allesamt hochgebildete und geschulte Männer, manche von ihnen mögen Weise sein, und in seinen eignen Angelegenheiten bewährt wahrscheinlich jeder von ihnen Thatkraft genug; aber da sie eine Kollektivperson bilden sollen, was bei dem Interessegegensatz ihrer Auftraggeber nicht möglich ist, und da sie niemals sagen dürfen, was sie denken und wollen, so sehen sie sich zur Ohnmacht und Unthätigkeit verurteilt, und weder ihre Versuche zu handeln noch ihre Worte können den Eindruck großer Weisheit machen. Am dümmsten ist wieder das Gesicht Europas, das aus den großen Zeitungen herauschaut; über den schweren Bruch des Völkerrechts jammern sie, auf die Frechheit, mit der sich Griechenland dem Willen Europas widersetze und die Souveränität des Sultans antaste, schimpfen sie; wenn die Franzosen mitten im Frieden in die Rheinprovinz einfielen, die Entrüstung könnte nicht größer sein. Schade, daß es keinem Giaur gestattet ist, moslemische Heiligtümer zu berühren! Dieses Europa würde, wenn nur ein Kurzgewinn winkte, an der Ramasanfahrt des Sultans teilnehmen und auf den Knien rutschend den Gipfel des Prophetenmantels küssen. „Dieselben Parteien und dieselben Blätter, so spottet eine Zentrumskorrespondenz, die den räuberischen Einfall der Garibaldianer in das Königreich Neapel und in den Kirchenstaat aufs lebhafteste billigten und als Heldenthat priesen, können sich jetzt nicht genug über den griechischen Treubruch entrüsten. Dieselben Blätter, die in ihrem eignen Hause als unumstößliches Dogma verkünden, daß die Stärkung des Nationalgefühls und die Vereinigung aller Volksgenossen zu einem Staate heiligste Pflicht sei, sprechen von griechischen Schwarmgeistern und nationalem Schwindel. Was dem italienischen Freibeuter und dem damals bankrotten Königreich Sardinien als eine wahre Großthat angerechnet wurde, das gereicht in den Augen derselben Herren den Griechen zur unauslöschlichen Schande; nicht laut genug können sie nach der Einmischung der europäischen Mächte schreien,“ nachdem bei der Einigung der Italiener der Grundsatz der Nichtintervention zur Grundlage des Völkerrechts gemacht worden ist. Nach diesem Grundsatz liegt die Sache ungeheuer einfach; die Griechen auf Kreta und in Griechenland wollen sich zu einem Staate vereinigen, und das geht keine andre Macht

etwas an; ebenso wenig geht es andre etwas an, ob es der Türkei gelingt, sich ihre rebellischen Unterthanen wieder zu unterwerfen oder nicht.

Etwas anders wäre es, wenn die europäischen Regierungen von einer gemeinsamen Idee beseelt wären, wie etwa zur Zeit der Kreuzzüge. Diesmal könnte es die Idee sein, das Eindringen des asiatischen Wesens und Geistes in Europa zu verhindern, in Asien die europäische Kultur zu verbreiten und damit zugleich die europäischen Staaten, die an Menschenüberfluß leiden, davon zu befreien. In diesem Falle könnten die europäischen Regierungen, oder könnte eine Mehrheit von ihnen eine zu planmäßigem Handeln befähigte Kollektivperson bilden. Das ist nun aber nicht der Fall, und da sich keine der Großmächte stark oder kühn genug fühlt, ihre eignen Ziele im Widerspruch zu den übrigen offen zu verfolgen, so kann von einer planmäßigen Abwicklung der orientalischen Wirrnisse keine Rede sein, es bleibt alles dem Zufall überlassen, und so wenig sich der kühne Entschluß des Königs Georgios hat voraussehen lassen, so wenig lassen sich die nächsten Episoden des vor 76 Jahren angespannten westöstlichen Epos voraussagen. Nur darauf möchten wir hinweisen, daß eine ziemlich allgemein verbreitete Vermutung über den zukünftigen Verlauf der Dinge keineswegs so ganz wahrscheinlich ist, wie sie scheint.

Wie auch immer die Dinge im einzelnen verlaufen mögen, zuletzt muß es doch — so nimmt man an — zum Streit um die Beute, namentlich um Konstantinopel zwischen Rußland und England kommen, und daraus wird sich, da beide Mächte an verschiedenen Mitinteressenten Bundesgenossen finden werden, ein europäischer Krieg entwickeln. Wenn es nun aber zu einer friedlichen Verständigung zwischen Rußland und England käme?

Schon in Nr. 3 haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß manche Leute eine Annäherung zwischen den beiden Mächten, die zusammen das halbe Asien besitzen, also mehr asiatische als europäische Mächte sind, sehr gern sähen. Seitdem ist diese Annäherung in der englischen Presse wiederholt erörtert worden, und in der *Saturday Review* vom 13. Februar finden wir ein Programm für die asiatische Politik Englands, das zu einem völligen Einvernehmen zu führen geeignet sein könnte. Der Verfasser, Lepel Griffin, bespricht: *Backwards or Forwards. Indian Problems III*, by Colonel H. B. Hanna. Hanna und Griffin sind Gegner der Leute, die die Russenfurcht zu ihrer Religion gemacht haben, und die sich einbilden, die Verteidigung der Nordwestgrenze Indiens sei wichtiger als seine wirtschaftliche Wohlfahrt. Diese Auffassung erklärt Griffin für grundfalsch; die Regierung von Indien müsse eine friedliche Politik befolgen. Indien könnte sehr reich sein, wenn die Regierung seine natürlichen Hilfsquellen zu entwickeln verstünde. Zunächst hätten die von der Regierung dem Lande erwiesenen Wohlthaten nichts als Elend erzeugt und bedrohten es mit noch größerem Elend. Die Sicherung des Lebens und die Beseitigung gesundheitschädlicher Zustände habe die Sterblichkeit in dem Grade vermindert und eine solche Übervölkerung zur Folge gehabt, daß, wenn dieses Übel gelindert werden solle, jeder Einnahmeüberschuß auf die Entwicklung des Ackerbaus und der Industrie verwendet werden müsse. Daher seien „wissenschaftliche Grenzen“ und dergleichen Phantasien der Militärtheoretiker ein Luxus, den sich die indische Regierung schlechterdings nicht erlauben dürfe. Diese Regierung sei viel zu militärisch; der Höchstkommandirende dürfe dem Räte des Vizekönigs nicht als beständiges Mitglied angehören, was er in Wirklichkeit sei, wenn er auch der Verfassung nach nur außerordentliches Mitglied sei; er und das ordentliche militärische Mitglied des Rats zusammen bildeten ein Übergewicht, dem der Vizekönig namentlich dann zu leicht nachgebe, wenn er selbst von dem Ehrgeize besessen sei, dem schon jetzt allzu

großen Reiche neue Provinzen einzuverleiben. So würden kostspielige Verteidigungsmaßregeln an Grenzen ergriffen, die niemals würden angegriffen werden, und würden Millionen hinausgeworfen, um ein wertloses Gebirgsthal wie das von Tschitral zu erwerben oder eine Besatzung zu befreien, die man aller Vernunft und Erfahrung zuwider auf einen verlorren Posten geschickt habe. Man entschuldige diese zwecklose Verschwendung mit der von Rußland drohenden Gefahr. Zugestanden, daß es zu einer gesunden Politik gehöre, sich auch für die unwahrscheinlichsten und allerentferntesten Gefahren zu rüsten, so dürfen doch, meint der Verfasser, solche Rüstungen das weit wichtigere friedliche Werk der wirtschaftlichen Entwicklung Indiens nicht hindern. Sind wir nicht instande, beides zugleich zu leisten, so müssen wir davon absehen, in Wildnissen militärische Bahnlinien zu bauen und Forts zu errichten, zu deren Entsetzung wir jedesmal eine Armee brauchen würden. Warten wir doch, was das Schicksal von dieser Seite her bringen wird, ruhig ab mit den Waffen in der Hand und bereit, den unvergleichlichen Schutzwall wüster Berge, mit dem die Natur das indische Paradies umfriedigt hat, aufs äußerste zu verteidigen! Trotz aller Aufschneidereien des Generals Skobelev, der übrigens vor seinem Tode seine Meinung geändert habe, seien die Erörterungen über die Möglichkeit des Erfolgs eines Einfalls der Russen in Indien nur theoretische Spitzfindigkeiten. Ein solcher Feldzug würde kein geringeres Wagnis sein, als der Zug Napoleons I. nach Rußland; das wüßten die Russen ganz genau, und darum lasse sich über die zentral- und ostasiatischen Angelegenheiten mit ihnen ein Einvernehmen erzielen. In Ostasien hätten die Engländer keine andern als Handelsinteressen, und wenn Rußland nur nicht an seinem Brauch, alle seine Thore mit Prohibitivzöllen zu sperren, auch im Osten festhalte, dann könne man ihm die Entwicklung Sibiriens, die Ausbeutung Chinas und einen eisfreien Hafen am Stillen Ozean ruhig gönnen; es werde nicht so wahnsinnig sein, dadurch Selbstmord zu begehen, daß es England an seiner unverwundbarsten Stelle angreife.

Das alles scheint uns an sich wenig anfechtbar zu sein, wenn auch der Wunsch der Vater des Gedankens ist, und könnte von den Staatsmännern beider Reiche als richtig anerkannt werden, sodaß sie zu der Überzeugung gelangten, es sei gescheiter, sich im Mittelmeer nicht in die Haare zu geraten. Das läge ja vor allem in Englands Interesse, denn sein Hauptinteresse besteht hier natürlich darin, daß sich keine andre Macht am Suezkanal festsetze, die diesen zu sperren vermöchte; wenn aber Rußland keine Absichten auf Indien hätte, so brauchte ihm vielleicht auch nichts daran zu liegen, den Engländern an dieser Stelle in den Weg zu treten. Übrigens könnte es den Russen in der That wegen der gewaltigen Aufgaben, die ihnen am Stillen Ozean erwachsen sind, rätlich erscheinen, kriegerischen Verwicklungen in Europa aus dem Wege zu gehen, also auf Vandalenwerb, wie in Indien, so auch in der Türkei, zu verzichten. Man mag die geistige, finanzielle und militärische Macht Rußlands so hoch anschlagen, wie man will — eine gleichzeitige Aktion auf drei Kriegsschauplätzen, die tausend Meilen voneinander entfernt liegen, dürfte doch über seine Kräfte gehen.

Die Lehren des Hamburger Ausstands. Um Hunderte von Millionen hat, wie die Ausstandsfeinde berechnen, der Hamburger Ausstand die Arbeitgeber geschädigt, um das vielfache mehr den Volkswohlstand überhaupt. Und wie steht es mit den guten Lehren, die für dieses Riesenlehrgeld erkauft worden sind? Wie es bisher scheint, herzlich dürftig, und von links und rechts ist man noch dazu bemüht, dieses dürftige Ergebnis zu verwischen und zu verwirren. Vor allem wird natürlich als gute Lehre aus dem Ausstande gepriesen die Parole: „Organisirt euch!“ Auch

Dr. Jastrow, der Herausgeber der Sozialen Praxis, der, wie er selbst sagt, „in Rücksicht auf die Interessen der Gesamtheit“ gewisse Bedenken gegen „jede“ bis aufs äußerste getriebene Anspannung des Koalitionsprinzips hegt, erklärt in seinem Blatte „die Bedeutung der Koalition für gewerbliche Streitigkeiten“ für die erste und am meisten in die Augen springende Lehre des Hamburger Ausstands. Es ist lehrreich, etwas näher auf seine Ausführungen einzugehen. Dabei müssen wir von vornherein nachdrücklich gegen eine Behauptung Verwahrung einlegen, die man auf der ganzen Linie der Ausstandsfreunde als unumstößliche Wahrheit populär zu machen bemüht ist, die Behauptung nämlich, daß der Hamburger Ausstand ohne jede vorhergegangene Organisation ausgebrochen sei. Der Ausbruch dieses Ausstands selbst, so sagt Jastrow, sei ein Beweis dafür, „wie schwer unorganisierte Massen zu zügeln“ seien. Der Zeitpunkt wäre für die Arbeiter ungünstig gewesen, da der Beginn des Winters für den Hafen den Eintritt verminderter Geschäftstätigkeit bedeutet hätte. Die „Führer“ hätten vor dem Ausstande gewarnt, aber ihre Warnungen seien überhört worden, da sich die „bis dahin unorganisierte Masse“ durch „Affekte“ habe leiten lassen und nach der Ausweisung Tom Manns zu noch längerem Abwarten nicht mehr zu bewegen gewesen sei. Wir haben über die Unwahrhaftigkeit dieses Märchens in den Grenzboten bereits das nötige gesagt, aber es sei hier nochmals daran erinnert, daß es in der Geschichte der deutschen Ausstände kaum einen gegeben hat, dessen Ausbruch der Sache nach so trefflich vorbereitet war wie dieser, mag immerhin die äußere Form einer gewerkschaftlichen Organisation nur teilweise vorhanden gewesen sein. Auf diese Form kommt es nicht an. Es handelt sich hier um die bekannte „sozialdemokratische Mache“, um jene überaus wirksame und gemeingefährliche Organisation und Agitation, die mit gewerkschaftlichen Formen wie ohne solche dem Hamburger und andern großen Ausständen in Deutschland ihren bösen Charakter aufgeprägt hat, der jetzt um jeden Preis abgeleugnet werden soll, weil er den Ausschlag giebt für das Urteil aller ernsthaften, die Interessen der Gesamtheit berücksichtigenden Leute über das Verhalten der Arbeiter sowohl wie über das der Arbeitgeber und des Staats. Wie kann man uns im Ernst noch vorreden wollen, daß diese erstaunlich prompte Masseneinstellung, die sofort erfolgte, nachdem die in schroffster Form gestellten Forderungen einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Hafenarbeitern nicht innerhalb einer ganz unzureichend kurz bemessenen Frist genehmigt worden waren, nicht ganz vortrefflich organisiert gewesen sei? Natürlich haben die sozialdemokratischen Organisatoren, wie immer, auch hier die „Affekte“ der Massen zu benutzen verstanden, so raffiniert verstanden, daß sie die Schuld an dem Mißlingen auf die Arbeiter schieben zu können glauben, die nicht blind genug gehorcht hätten.

Und gerade wegen dieser „sozialdemokratischen Mache“ in Hamburg und anderwärts muß es doch fast naiv erscheinen, wenn uns Jastrow dann weiter belehrt: „Wegen diese Herrschaft der Affekte giebt es kein andres Mittel, als eine festgefügte Organisation, in der die Einzelnen die Männer ihres Vertrauens an die Spitze stellen und ihnen, wenn sie sich in jahrelanger Verwaltung der gewerkschaftlichen Angelegenheiten erprobt haben, im entscheidenden Moment Gehör schenken.“ Ja, wenn nur eben nicht die deutsche Sozialdemokratie wäre! Dann vielleicht könnten solche Phantasien auch in Deutschland für ernsthafte Freunde des sozialen Fortschritts ein praktisches Interesse gewinnen. Aber wie die Sachlage nun einmal ist, ist das unmöglich; schwindet doch auch in England mit dem Zunehmen der sozialdemokratischen Einflüsse in den Arbeiterorganisationen das Vertrauen zu diesen als Mittel zur Sicherung des Friedens immer mehr. Und auch wenn Jastrow keinen Anstand

nimmt, wie er sagt, ausdrücklich zu betonen, daß „gute“ Koalitionen von Arbeitgebern sozialpolitisch genau ebenso wünschenswert seien wie solche der Arbeiter, so gilt doch für das Prinzip der Kampforganisation erst recht, was Karl Zentsch kürzlich in der Zeit geschrieben hat: „Das *si vis pacem, para bellum* hat nur den Sinn, daß eine vorübergehende Kriegsgefahr durch rechtzeitige Rüstung abgewendet werden könne, aber dauernde Rüstungen bilden eine dauernde Kriegsgefahr.“ Die täglichen, ja stündlichen Beziehungen der wirtschaftlichen Parteien innerhalb eines Volkes sind so eng und lebhaft, daß die dauernde Kriegsbereitschaft hier sehr leicht zu einem dauernden Kriegszustande wird, der zwar nicht immer im Gefechtszustande zu bestehen braucht, aber jede gedeihliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung auf die Dauer in ihr Gegenteil verwandeln muß. Das ist eben nach unsrer Auffassung der Fluch des manchesterlichen Untergrundes, auf dem unsre modernen Sozialpolitiker fast ausnahmslos noch immer stehen, daß sie die Organisation nur kennen zum Zweck des Kampfes, zum Zweck einseitiger Verfechtung von Sonderinteressen ohne jedes Verständnis für ihre Bedeutung für die eigne soziale Pflichterfüllung. Solange die Organisationen auf diesem Untergrunde aufgebaut werden, der allem echten, gesunden Sozialismus schnurstracks widerspricht, gefährden sie den sozialen Frieden mehr, als sie ihn sichern. Das gilt nicht allein von den sozialdemokratischen Organisationen der Arbeiter, sondern auch von den gepriesenen Arbeitgeberverbänden, den Zunftbestrebungen, den agrarischen Kampfgenossenschaften usw.

Als eine weitere Lehre, die aus dem Hamburger Ausstand zu ziehen sei, nennt Zastrow „die Notwendigkeit von Schiedsgerichten und Einigungsämtern.“ Wir könnten fast jedes Wort unterschreiben, wenn er dazu bemerkt, daß man die Frage, ob in gewerblichen Streitigkeiten „verhandelt“ werden soll oder nicht, unmöglich — wenigstens nicht in dem Maße wie bisher — dem Belieben Einzelner überlassen könne, ohne dadurch die gesamte Volkswirtschaft aufs schwerste zu schädigen. Es handle sich dabei, fügt er ganz richtig hinzu, keineswegs notwendig um ein Schiedsgericht, das mit zwingendem Spruch dem Ausstand ein Ende mache, schon ein bloßes „Einigungsamt“ sei sehr wirksam. Es sei doch ein sonderbarer Zustand, daß ein „Staat“, der bei der geringfügigsten Streitigkeit um wenige Mark das Recht für sich in Anspruch nehme, beide Teile vor sein Gericht zu laden, ein solches Recht nicht haben solle, wo tausende von Personen gegeneinander streiten und unzählige Millionen auf dem Spiele stünden. Wie gesagt, das könnten wir fast alles unterschreiben, wenn nur nicht Zastrow mit seinen Anschauungen über das Wesen eines solchen staatlichen Eingreifens und die dazu berufenen Organe schon so ganz und gar auf Irrwege geraten wäre. Was soll man dazu sagen, daß dieser deutsche Jurist einerseits die bisherigen „Gewerbegerichte“ als die „zur Wahrung des sozialen Friedens eingesetzten Behörden“ anpreist, obgleich sie doch als Einigungsämter wahrhaftig die Probe herzlich schlecht bestanden haben, und auf der andern Seite den „Gerichten“ des Staats das Vertrauen des Volks abspricht, weil „die Richter ausschließlich und die Schöffen überwiegend aus den besitzenden Klassen genommen“ seien? So wirksam ein solcher Appell an die landläufige Gedankenlosigkeit vielleicht heute auch sein mag, wo die Untergrabung des Vertrauens zu den deutschen Richtern Mode ist, wir hätten dem Juristen Zastrow solchen Widersinn nicht zugetraut. Es ist doch der helle Unsinn, wenn der heutige Pseudosozialismus davon ausgeht, daß immer und überall nur die Weltendmachung von Sonderinteressen die staatlichen Einrichtungen beherrsche und beherrschen könne. Wie sollen denn in aller Welt die nach diesen Vorstellungen vertrauenswürdigen Gerichtshöfe zusammengesetzt sein? Wie soll denn in ihnen das

Recht gefunden werden? Soll der Richter grundsätzlich Partei sein, und zwar immer von der Partei des „Nichtbesitzenden“? Herr Jastrów sollte sich als Jurist nicht der Wahrnehmung verschließen, daß den bisherigen „Einigungsämtern“ das Vertrauen, das sie haben müßten, häufig deshalb nicht entgegengebracht wird, weil man die Beisitzer von vornherein gar zu sehr nach Parteirücksichten wählt und von solchen Rücksichten abhängig weiß, und noch viel weniger sollte er die „Richter“ so ohne weiteres der „Partei“ der Besitzenden zurechnen und ihnen deshalb die Unparteilichkeit absprechen lassen, weil sie nach dem Stande unsrer ganzen Kultur in der Regel das besitzen, was man vielleicht, auch ohne als Arbeiterfeind zu erscheinen, als höhere Bildung im Vergleich zu der des Durchschnittsarbeiters bezeichnen dürfte. Solche Versuche, das Vertrauen, das das Volk erfreulicher Weise noch immer der höhern Bildung entgegenbringt, in Mißtrauen zu verwandeln, sind mit Entschiedenheit zurückzuweisen; sie sind von jeher ein charakteristischer Bestandteil der sozialdemokratischen Taktik gewesen und die gemeingefährlichste Brunnenvergifterei in dieser ganzen traurigen Bewegung.

Zu verwundern ist es nicht, wenn bei dieser sonderbaren „Aufmachung“ der guten Lehren aus dem Hamburger Ausstand die Arbeiter ganz und gar nichts gutes aus ihm lernen. Wir haben es auch gar nicht anders erwartet. Die Sozialdemokratie sah richtig voraus, daß auch der Mißerfolg der Arbeiter in diesem Kampfe für die Partei ein Erfolg sein würde, wenigstens zunächst, solange nicht die Arbeitgeber und der Staat die Lehren des Ausstands so, wie sie sollten, beherzigen. Und wie stehen in dieser Richtung die Aussichten? Es wäre sehr zu beklagen, wenn das beteiligte Unternehmertum und mit ihm das deutsche überhaupt glauben sollte, durch den äußern Sieg dem Einfluß der Sozialdemokratie auf die verrannten Arbeitermassen schon eine Schlappe beigebracht zu haben, oder wenn sie gar von der unerläßlichen baldigen und energischen Fürsorge für die Arbeiterverhältnisse Abstand nehmen wollten, um nicht als die Besiegten oder Bezwungenen zu erscheinen. Wir verstehen vollkommen, daß der Unternehmerschaft Reformen zu Gunsten der Arbeit durch die sozialdemokratische Verhetzung furchtbar erschwert werden. Sie müßten nicht Menschen sein, wenn das anders wäre. Aber der Sünden Menge ist zu groß, die der Sühne harrt, als daß in dieser Erschwerung auch nur die geringste Entschuldigung für weitere Sünden gesucht werden dürfte. Wir kennen die Rohheit, mit der sich häufig genug der einseitigste kaufmännische Egoismus in deutschen Arbeitgeberverbänden brüsten durfte, mit der die schwarzen Listen gehandhabt und die Paragraphen, die überall die werktätige Förderung des Arbeiterwohls als Zweck der Vereinigung zu nennen pflegen, als wesenloses Aushängeschild bezeichnet wurden, deren Bedeutungslosigkeit dem Wissenden gar nicht zweifelhaft sein könne. Den Terrorismus, den diese Vertreter des rohen Manchesterturns unter den Berufsgenossen üben, gilt es zu brechen, und der deutschen Unternehmerschaft würde in ihrer großen Mehrzahl, wie wir sie zu kennen glauben, ein Alp von der Brust genommen sein, wenn sich dieser Bruch vollzöge. Mit der berechnenden Klugheit ist dabei nichts gethan, auch in dem rechnerisch am höchsten stehenden Hamburg nicht, der Mammonskult muß weg, die Pflicht des Besitzes muß zur Geltung kommen. Ist dazu Hoffnung vorhanden? Gott gebe es, wir wissen nicht. Aber das wissen wir: der Staat hat vor allem die guten Lehren aus dem Ausstand anzunehmen, sonst sind sie für die Arbeitgeber wie für die Arbeiter vollends ganz verloren. Sollte es wirklich, wie manche fürchten, dabei sein Bewenden haben, daß einigen sozialistischen Professoren und Pastoren durch staatliche Maßregelungen die verworrenen Köpfe gewaschen würden, so wäre das

wahrhaftig das unvernünftigste, was geschehen könnte. Es wäre aber auch ein schreiendes Unrecht, nachdem man jahrzehntelang die Züchtung unweiser und einseitiger Volkswirte und Sozialpolitiker gehegt und gepflegt und mit Orden, Titeln und Anstellungen prämiirt hat. Der Staat verlange von seinen Lehrern der Staatswissenschaften eine gründliche Kenntnis der Verhältnisse, wie sie sind, eine Erziehung in der Praxis und nicht nur im Seminar und in der Studirstube, ja er verlange womöglich eine ausgiebige juristische Schulung von ihnen. Es giebt kein andres Fach in allen Fakultäten zusammen, wo das so not thäte. Aber da er das bisher nicht verlangt hat, so ist der Ruf nach dem Staatsanwalt, wenn einzelne aus der Schule, und vielleicht nicht die schlechtesten, Dummheiten machen, am allerwenigsten am Plage. Es fehlte gerade noch, daß preußischer Unverstand diesen verworrenen Köpfen die Märtyrerkrone aufsetzte!

Die deutschen Agrarier in ungarischer Beleuchtung. Unter dem Titel „Ungarische Agrarpolitik, die Ursachen des Preisfalls der landwirtschaftlichen Produkte und die Mittel zur Abhilfe“ hat kürzlich ein ungarischer Landwirt, Stefan von Tisza, eine sehr bemerkenswerte Abhandlung veröffentlicht, die jetzt auch in deutscher Ausgabe vorliegt (Leipzig, Duncker und Humblot), und in der eine überaus treffende Kritik der deutschen agrarischen Agitation das besondere Interesse auch der Grenzbotenleser in Anspruch nehmen darf. Der Verfasser ist zu seiner Arbeit in der Hauptsache durch das Auftreten der „deutschen Partei der Edelmetallisten und Agrarier“ auf dem 1896 in Budapest abgehaltenen internationalen landwirtschaftlichen Kongreß veranlaßt worden, wo diese Störenfriede „in geschlossenen Reihen“ für das „orthodoxe agrarische Programm“ eingetreten seien und in gewissen Kreisen der ungarischen Landwirte dafür eifrige Schüler und Agitatoren geworben und gewonnen hätten. Der Verfasser glaubt seine Landsleute und Berufsgenossen nachdrücklich vor diesen Treibereien warnen zu sollen. Zwar ist er keineswegs Freihändler, sondern er sieht in Getreideschutzzöllen für das vereinigte österreichisch-ungarische Zollgebiet das hauptsächlichste unmittelbare Abhilfemittel gegen das Herabdrücken der Weizenpreise unter einen Stand, der die Produktion noch lohnend erscheinen lasse, und auch in der Währungsfrage ist er kein extremer Silberfeind, wenn er auch der Behauptung der Agrarier, daß die Entwertung und insbesondere die Demonetisierung des Silbers die Preise der landwirtschaftlichen Produkte in Ungarn wie in Deutschland verschuldet habe, mit den bekannten statistischen Beweisen entschieden entgegentritt. Eine bestimmte und zwar sehr ansehnliche Quantität Silber verträge, meint er, auch der Verkehr der Kulturstaaten, und wenn es gelänge, dem Silber als Subsidärgeld durch eine internationale Vereinbarung eine bedeutendere Rolle, als es jetzt spielt, zu sichern, so wäre auch damit ein wichtiger Schritt zur Erreichung des Zieles gethan, „daß der riesige Aufschwung der Edelmetallproduktion in der Preisbildung auch zu Gunsten der produktiven Klassen zur Geltung gelange.“ „Insbesondere wir Ungarn — fügt er ehrlicherweise hinzu — haben kein Interesse daran, diesen Bestrebungen Hindernisse in den Weg zu legen. Wir sind ja eine kapitalarme, dem Auslande verschuldete Nation. Jede Veränderung in den Verhältnissen der Weltwirtschaft, die für den Schuldner gegenüber dem Gläubiger eine günstige ist, wendet uns fast nur Vorteile zu, während die Nachteile zum überwiegenden Teile die auswärtigen Gläubiger treffen.“ Um so energischer geht er den zum politischen Partei- und Klassenkampf reizenden Bestrebungen der deutschen Agrarier zuleibe. Die agrarische Bewegung in Deutschland sei von politischen Momenten erfüllt, mit politischen Zwecken verknüpft. Die Vertreter der landwirt-

schaftlichen Interessen seien von gesellschaftlicher und politischer Abneigung gegen das „Kapital“ geleitet, und nicht so sehr die „objektive volkswirtschaftliche Überzeugung“, sondern die „Parteilidenchaft und die Parteitaktik“ führten sie in den Kampf gegen das sogenannte Großkapital, gegen die Börsen und deren heutigen Geschäftskreis. Das Schlagwort vom „international organisierten Großkapital“ scheint ihm für die Agitation geschickt gewählt, um gewisse Kreise zu erschrecken und zu erregen. Es sei ja Tatsache, daß die moderne wirtschaftliche Entwicklung riesige Vermögen geschaffen habe, die das Vermögen der „stolzesten Oligarchen“ in Schatten stellten. Es sei ferner Tatsache, daß die heutige Geldaristokratie ihr Vermögen nur zum Teil, vielleicht nur zum geringern Teil, ihrer „Arbeit und Genialität“ verdanke. Die Quellen dieses Vermögens seien in vielen Fällen Geschäfte von zweifelhaftem Wert. Der Neid, die Abneigung gegen diese Leute sei menschlich sehr begreiflich bei der Klasse der Landwirte, die im besten Falle die von den Vorfahren ererbte Vermögenslage zu erhalten verstanden habe und sich nun durch die glücklichen Besitzer der leichter erworbenen Millionen an Einkommen und Luxus überflügelt sehe. Nichts sei daher leichter, als manchem einzureden, daß eine geheime Verschwörung der Geldleute, ein plutokratisches Freimaurertum bestehe, das Parteien und Regierungen verführe und bestechen und das Schicksal der Welt im eignen Interesse zum Schaden der Landwirte lenke. Aber mit Recht fragt der ungarische Edelmann diesen Vorstellungen gegenüber: „Wer hat sich jemals Kenntnis von der Existenz dieses internationalen Bundes verschafft, aus wem, wo, seit wann und wie weit besteht er? Was ist seine Organisation? Wer leitet ihn? Welches ist sein gemeinsames Interesse, das zu dem Interesse der Landwirte im Gegensatz stünde? Wo tritt diese Solidarität des Kapitals zu Tage?“ In einer Beziehung, so giebt er zur Antwort, sei ihm die Solidarität des Kapitals bekannt, das sei die „Solidarität gegen die das Privateigentum bekämpfenden Bestrebungen der Sozialdemokratie.“ Die Bekämpfung dieser sei allerdings ein gemeinsames Interesse jeder Art von Besitz, jeder Art von Kapital, vor allem aber des „unbeweglichen Kapitals.“ Namentlich die ungarischen Landwirte würden einen Hauptfehler begehen, wenn sie dieser Solidarität nicht eingedenk bleiben wollten. In Ungarn sei der Sozialismus von Anbeginn an mit „der Tendenz einer Aufteilung von Grund und Boden“ hervorgetreten. In den Augen des ungarischen Volkes sei der Großgrundbesitz weit mehr der Vertreter des Großkapitals als das mobile Vermögen, und wenn es gelänge, die Massen in den Kampf gegen das Kapital zu führen, so würden diese es dort angreifen, wo es am nächsten erreichbar sei, und sie würden erst „durch die Zichys hindurch zu den Rothschilds“ gelangen.

Wir meinen, diese Mahnung des ungarischen Großgrundbesitzers sollten sich unsre Herren öftlich von der Elbe doch ja recht zu Herzen nehmen. Wer Gelegenheit hat, sich darüber zu unterrichten, welche Verwirrung die Lehren des Herrn von Plöß schon jetzt in den Köpfen unsrer Bauergutsbesitzer anrichten — wir brauchen diesen Ausdruck absichtlich im Gegensatz zu den kleinen Leuten und Arbeitern auf dem Lande, denen die preussischen Agrarier nichts versprechen, obwohl gerade sie nicht nur Versprechungen, sondern Hilfe am nötigsten hätten —, der muß einsehen, daß eine Stärkung konservativer Anschauungen am wenigsten daraus hervorgeht, sondern die Wirkung einen ausgesprochen demokratischen Charakter im schlimmsten Sinne hat. Daß damit der Überhandnahme sozialdemokratischer Gesinnung unter den kleinen Leuten aufs beste Vorschub geleistet wird, liegt auf der Hand, und nur die Blindheit der Parteilidenchaft zusammen mit der Trivialität der gut fundierten Verunsagitation kann die ungeheure Gefahr übersehen, die daraus für die Besitzenden

Klassen auf dem Lande auch bei uns erwächst. Wenn die kleinen Leute im Osten Deutschlands gegen das „Kapital“ aufgebracht werden, richten sie ganz natürlich ihren Haß ebenso wie die in Ungarn zunächst, ja allein gegen die Gutsbesitzer, die Arbeiter gegen die „gnädigen“ Herren, und selbst der rücksichtslos wuchernde Kaufmann, der Jude wie der Christ, wird vor der ausbrechenden Gewaltthätigkeit des ländlichen Proletariats tausendmal sicherer sein als der Grundherr.

Herr von Tisza weist dann darauf hin, wie wenig in den sonstigen praktischen wirtschaftspolitischen Fragen die viel genannte „Solidarität des Kapitals“ zur Geltung komme. Im Gegenteil, meint er, werde dieses Kapital durch zahllose Interessengegensätze in die verschiedensten Lager der mannichfachen Bestrebungen geteilt. Das feste Verzinzung genießende Leihkapital gegenüber dem in produktiven Unternehmungen verwendeten, der Handel gegenüber der Industrie, einzelne Zweige der Industrie gegen einander böten ein buntes Bild der Interessenkonflikte selbst innerhalb ein und desselben Landes. „Wenn wir aber, fährt er fort, das sogenannte Großkapital par excellence, die haute finance, betrachten, die ihr Vermögen in erster Linie in fest verzinssichen Anlehensobligationen anlegt, so muß man fragen: woher nimmt man auch nur einigen Schein der Berechtigung für die Annahme, daß ihr Interesse dem der Landwirte immer entgegengesetzt sei? Wie gering ist gerade ihr Interesse an der Herabdrückung der Warenpreise, und wie mächtige Interessen knüpfen sich für sie an das Aufblühen der Landwirtschaft! Ist denn nicht der Kredit eines großen Teils gerade der Länder, bei deren Anlehen die haute finance eine so wichtige Rolle spielt, mit dem Schicksal der Landwirtschaft verwachsen, und macht sie denn das immer größeren Umfang gewinnende Pfandbriefgeschäft nicht zum Genossen der Interessen der Landwirte?“ Wenn auch, wie man klagen höre, ein großer Teil des Bodenertrages von dem Kapital (dem Gläubiger) genossen werde, so werde es doch nicht mit selbstmörderischer Hand die Quelle seines Vermögens angreifen. „Für eine wirklich zerstörende landwirtschaftliche Krise, die den Wert des Bodens dauernd niederdrückt, bietet bisher nur England ein Beispiel, wo infolge der Aufteilung und Gebundenheit des Grundbesitzes die kontinentalen Formen und Dimensionen des Hypothekarkredits sich nicht entwickeln konnten. Eine Krise von ähnlicher Ausdehnung in der mitteleuropäischen Landwirtschaft hätte die Zahlungsunfähigkeit eines großen Teils der Landwirte und einen Pfandbriefcrach zur Folge. Die Abwendung dieser Krise jedoch ist ebenso ein Interesse der großen Banken und der großen Finanziers wie der kleinen Kapitalisten, die ihre ersparten Pfennige zusammenlegen, gleichwie es unser, der Landwirte, allereigenstes Interesse ist.“

Wir würden es für sehr ersprießlich halten, wenn jeder einzelne Rittergutsbesitzer in Altpreußen, wenn er dem „Kapital“ den Kampf bis aufs Messer schwört, jedesmal feststellen müßte, wo denn die Kapitalisten und wie die Beziehungen sind, in denen er zu ihnen steht. Der ganze Unsinn solcher Schlagworte würde dann in überwältigender Weise zu Tage treten. Die Kapitalisten, bei denen er seinen Personalkredit befriedigt, sind doch nicht gerade in neiderregender Lage. Fast durchweg werden unvernünftige Vorgristen verlangt, zum Ruin namentlich des Mittelstandes im Handel, der Rittergutsbesitzer zu Kunden hat. Und unter den Hypothekengläubigern vergißt man in der Regel ganz und gar die Vorbesitzer mit ihrem stehengebliebenen Guthaben und die Verwandten mit dem eingetragenen Erbteil, wenn man dem „Kapital“ den Krieg erklärt, und doch berechnet sich dieses Leuten von agrarischer Herkunft gehörige Kapital vielleicht nach Milliarden. Wer hat denn von der Riesenbelastung der Rittergüter infolge der zu unsinniger Höhe getriebenen Kauf- und Übernahmepreise den Kapitalgewinn eingehemmt? Doch ganz

gewiß nicht die Kaufleute, die Börsenmänner, die Juden! Und doch ist dadurch die Notlage der ostelbischen Landwirtschaft vor allem herbeigeführt worden. Aber alles das wird nicht mit einem Gedanken berührt bei dem Gezeiter über das „Kapital,“ diese unpersönliche abstrakte Größe, dieses unübertreffliche Schlagwort bei den Agrariern wie bei den Sozialdemokraten.

Wir wünschen den ungarischen Landwirten von Herzen, daß der Bann, in den die deutsch-agrarische Agitation ihren Verstand zu schlagen begonnen hat, wieder gebrochen werde. Das Buch des Herrn von Tisza wird hoffentlich dazu beitragen, und die unmittelbar greifbar gewordene agrar-sozialistische Gefahr wird den Nachdruck geben. In Deutschland östlich von der Elbe werden wir zunächst noch das Schauspiel zu erwarten haben, daß Herr von Plöz und die Seinen jedem sozialdemokratischen Wahlsieg über einen Nichtagrariar Beifall klatschen.

Vaterländische Kriegsandenken. Vor kurzem erwarb das Berliner Zeughaus von der Sammlung Hamburgischer Altertümer ein waffengeschichtlich und kunstgewerblich gleich wertvolles altes Geschütz. Hamburg gab von zwei gleichen Stücken eins ab, um dafür althamburgische Waffen und Fahnen einzutauschen. Dazu hatte es sich aber noch etwas besondres erbeten: zwei vollständige Kriegsausrüstungen, wie sie 1870/71 von dem ruhmvollen hanseatischen Infanterieregiment Nr. 76 geführt worden waren.

Gegenstände solcher Art zu sammeln ist eine Neuerung. Unseres Wissens ist es bisher nirgends geschehen. Die große Handelsstadt trägt zum erstenmale Sorge, sich aus dem Kriege Andenken zu sichern, die sie besonders angehen. Aber mit dem Wunsche nach jenen Stücken, die die selbstbewußten Hanseaten in der gewaltigen Zeit getragen haben, und die heute gar nicht mehr so leicht zu beschaffen waren, hat die freie Stadt ein nachahmenswertes Beispiel gegeben.

In dem letzten Vierteljahrhundert ist eine Unzahl von Museen in Deutschland entstanden, viel zu viel für die allgemeine Aufnahmefähigkeit und vielfach auch von geringem Werte, denn es giebt gar nicht genug gute Sachen, um alle zu füllen, und obwohl sie angeblich alle für das Volk geschaffen sind, steht dieses doch der Mehrzahl ganz gleichgiltig gegenüber; sie sind ihm „nüchterne, öde Depots,“ sie sagen ihm nichts.

Ganz anders steht es mit der Teilnahme des Volks für Andenken aus seiner eignen Vergangenheit. Die Waffen, die Uniformen, die Feld- und Erinnerungszeichen aus der Kriegszeit von 1870, aus den Freiheitskriegen und, in Preußen, aus der friederizianischen Zeit üben eine gewaltige Anziehungskraft aus. Was die Väter und Großväter in Zeiten trugen, von denen sie ihren Enkeln am liebsten erzählen, was die Kinder noch gesehen, wovon sie in der Schule mit glücklichem Stolz gehört und zu Hause mit Leidenschaft gelesen haben, das sind die volkstümlichsten Sachen, die es geben kann. Ein Sonntagsbesuch im Zeughaus zu Berlin, dem volkstümlichsten aller Museen, kann das zeigen. Dort finden sich vor den alten Andenken zahllose Besucher zusammen. Sie sind sich fremd, doch der Drang, ihr Wissen, ihre Gedanken und ihre Erinnerungen auszutauschen, führt sie zusammen. Nicht leicht bietet sich dem Beobachter anderweit ein ähnliches Bild; diese Gegenstände sprechen zum Gemüt des Volkes.

Wunderbar, daß dem bisher fast nirgends Rechnung getragen worden ist. Wenige Hauptstädte ausgenommen, hat unser Volk in diesen fünfundzwanzig Jahren in öffentlichen Sammlungen nichts von Erinnerungsstücken von 1870 gesehen. Unsere Kinder, denen die vaterländische Geschichte das liebste und teuerste ist und sein soll, müssen darauf verzichten, während ihrer Lernzeit auch etwas lebendiges

aus jenen Zeiten zu sehen: eine Waffe, eine Uniform oder dergleichen. Frage man nur unsre trefflichen jungen Schulmeister, wie sie das bedauern! Erst beim Vortrag über alte Geschichte finden sich zur Ergänzung überall die alten Gipse, ja vielleicht sogar eine römische Fibula oder gar ein Stückchen Holz vom römischen Brückenbau über den Rhein. Während zersezende Kräfte aller Art mit Gewalt und Überredung großen Volkskreisen ihre nationalen Güter zu nehmen suchen, wird dem deutschen Volke in all den mit so viel Fleiß und Geld hergerichteten Museen wenig oder nichts geboten, was seinem nationalen Gefühl, seiner Vaterlandsfreude und seiner kriegerischen Tugend die Nahrung böte, die es unwillkürlich verlangt, weil sie ihm so nötig ist.

Der Gegenstand kann hier nicht erschöpft werden, wir wollen aber mahnen, daß nach dem Vorgange Hamburgs auch anderwärts die Andenken aus dem letzten Kriege gesammelt werden möchten. Nicht um unserm friedlich arbeitenden Volke kriegerische Liebhabereien einzulösen; das wäre ein überflüssiges Bemühen. Doch die Erinnerung an jene große Zeit muß unter allen Umständen mehr als bisher gepflegt werden, und dafür giebt es kein besseres Mittel als lebendig wirkende Andenken. Vieles ist schon verschwunden, aber das nötigste und beste ließe sich noch zusammenfinden. Übrigens hat die Nation auch die Pflicht, jene Dinge der Nachwelt zu erhalten, denn sie bleiben, treu gepflegt, die besten Grundlagen für die nationale Erinnerung und für jede zukünftige poetische oder künstlerische Verklärung jener Zeiten. Frage man nur einen Künstler, wie viel mehr wert ihm eine alte Uniform ist als das beste Bild oder gar eine Beschreibung! Alles aber, was Poesie und Kunst bisher zur Verherrlichung des großen Einigungskriegs geleistet haben, reicht nicht entfernt an die damaligen Thaten hinan. Die Kunst ist dem deutschen Volke hierin noch so gut wie alles schuldig geblieben. Das wäre zu verwundern, wenn nicht die Erfahrung lehrte, wie langsam und tief unser Volk große Eindrücke verarbeitet. Auch die Thaten Friedrichs des Großen haben erst hundert Jahre später durch Menzel ihre künstlerische Darstellung gefunden. Es ist bekannt, wie eifrig Menzel die Uniformen und andre Überbleibsel aus jener Zeit verwendet hat. Aber selbst heute noch finden sich z. B. in der Mark Brandenburg, abgesehen von Berlin, mehr Andenken an die Zeit des alten Fritz als an den Krieg von 1870. Wie sollen aber unsre Künstler einst den Todesritt der Reitergeschwader von Mars la Tour und so manche andre Heldenthaten darstellen, wenn von jenen Regimentern keine Uniformen mehr vorhanden sind?

Jede Stadt sollte bemüht sein, eine kleine Sammlung von Andenken an die Kriegezeit zusammenzubringen, Andenken, die zu der Bürgerschaft und Garnison in Beziehung stehen. Mit Hilfe der Regimenter würde das billig zu machen sein, denn nirgends sonst sind die Sachen zu finden, als dort, wo manches in alten Umständen übrig geblieben ist und Fehlendes noch genau wieder hergestellt werden könnte. Auch die höchsten Militärbehörden würden aus den Dispositionsbeständen des Berliner Zeughauses und der Waffendepots gewiß helfen, soweit es möglich ist. Zu diesem feldmäßigen Teil aber werden sich aus den Bürgerfamilien die Andenken an besondere Vorgänge, an die Feldpost, an die Verwundetenpflege, an einzelne Soldaten, Bürger und Beamte bis hinauf zu den Führern und selbst zu den hehren Gestalten des Kaisers und seines Kanzlers gesellen, sodaß bei richtiger Leitung selbst in kleinern Orten leicht zu viel zusammenkommen könnte, und man zur Selbstbeschränkung würde raten müssen. Denn der Feind aller lebendigen Sammlungen ist das Überwuchern des Mittelguts.

Und alle diese Gegenstände müßten in die zugänglichsten Räume gebracht werden, mitten hinein ins Leben — in den Ratsaal, auf die Rathausdiele,

in die Mula, in das Turn- und Schützenhaus, ja sogar, wie früher, in die Kirche. Der belebteste Platz ist der beste, und ein verständiger, warmherziger Lehrer mit seinen Jungen wäre der beste Hüter des kleinen Gemeindegutes. Übrigens macht die Erhaltung keine Mühe; selbst die Mottengefahr ist für Uniformen bei den heutigen Hilfsmitteln nicht mehr schlimm. So könnte alles ohne kostspielige Bauten, ohne Beamte und ohne Schematismus gemacht werden.

Und wie in den Städten, so müßte es auch auf dem Lande sein, in den Hausmuseen des hohen Adels, wie auf den Sitzen der alten und neuen Geschlechter, die den Königen und Fürsten so viele Offiziere geliefert haben. Wo sind die Uniformen geblieben, die die Familienangehörigen damals als Offiziere und Freiwillige getragen haben? Sie müßten die Andenken in den Städten ergänzen.

Größeres aber sollten ganze Provinzen schaffen. Dort werden ja vielfach die alten Baudenkmäler wieder hergestellt, und oft wird die Frage gehört, wie jene Bauwerke durch Aufbarmachung gegen neuen Verfall geschützt werden sollen. Die Provinzen mögen ihre Sammlungen hineinlegen, die das ganze Armeekorps umfassen. Von größtem Wert wären sie in den Grenzprovinzen, wo das Deutschtum mit andern Nationalitäten zu kämpfen hat. Einem Preußen polnischer Abkunft würden solche Erinnerungszeichen an den großen Krieg, den er tapfer mitgekämpft hat, eine eindringliche, zum Herzen gehende Sprache reden, gegen die nichts aufkommt. Des Königs Rock getragen zu haben, darauf sind alle stolz, und nun gar im großen Kriege! In den Grenzlanden muß vor allem für gute preussische Tradition gesorgt werden, und dazu sind sichtbare Zeichen nötig.

Soll das alles aber wirklich volkstümlich werden, so muß es vom Volke selbst ausgehen, nicht von staatlichen Behörden. Was Einzelne und Gemeinden schaffen, daran hängen alle mit besondrer Liebe und sorgen für seine Fortentwicklung. Daß die Behörden mithelfen würden, ist wohl selbstverständlich.

Ein patriotischer Festtag, der hundertjährige Geburtstag Kaiser Wilhelms I. steht bevor. Um ihn würdig zu begehen und über den lauten Tagesjubiläum hinaus ein sichtbares Andenken an den Tag zu schaffen, sollte man bei diesem Anlaß überall in deutschen Landen zur Sammlung vaterländischer Andenken aus der Zeit von 1870 schreiten. Den Stadt- und Schulbehörden, den Turnern, Schützen und Sängern, sowie endlich dem schönsten aller Vereine, dem deutschen Kriegerverein, sei diese Sache eindringlich ans Herz gelegt.

Berlin

E. v. Ubsch

Königl. Fachingen. Seit einiger Zeit bringen die Tagesblätter große Anzeigen über die bekannten Mineralbrunnen zu Fachingen und Selters. Die Überschriften der Anzeigen lauten: „Königl. Selters“ und „Königl. Fachingen,“ und am Schlusse der einen stand gar in der ersten Zeit: „Königl. Fachingen verlängert das Leben.“ Merkwürdigerweise ist nun das Wort „Königl.“ in diesen Anzeigen nie ausgedruckt, sondern stets so abgekürzt: „Königl.“ obgleich es — wenigstens bei „Fachingen“ — einen durchaus unschönen Eindruck macht, daß die zwei ungleich langen Wörter Königl. und Fachingen durch den preussischen Adler getrennt sind. Unter der großen Anzahl von Empfehlungen, die den Hauptteil der Anzeige des Fachinger Wassers ausmachen, ist aber keine einzige, in der von „Königl. Fachingen“ die Rede wäre, sondern alle sprechen, wie das ja auch ganz natürlich ist, vom Fachinger Wasser oder vom Fachinger Brunnen; nur ein Arzt schreibt: „Der von Ihnen bezogene »Fachinger« hat mir . . . Dienste geleistet,“ wo aber eben „Brunnen“ zu ergänzen ist. Wie in aller Welt soll man das „Königl.“ nun eigentlich auflösen? Königlicher Fachingen? Oder: Königlich Fachingen? Oder:

Königliches Fachingen? Oder wie sonst? — Sagt man sich, daß man wie von einer „Flasche Selters“ so auch schließlich von einer „Flasche Fachingen“ sprechen könne, so müßte es „Königliches Fachingen“ heißen. Weshalb druckt man es dann aber nicht so und quält sich und andre mit der eunuchischen Form „Königl.“? Die Verfasser der Anzeigen thäten der deutschen Sprache einen Dienst, wenn sie die Leser darüber aufklärten, wie sie das Wort ausgesprochen wissen wollen.

Berichtigung. Ein Freund der Grenzboten schreibt uns: In Nr. 5 dieser Zeitschrift S. 261 wird gesagt, „der bekannte Svarez“ habe „Friedrich dem Großen“ alles Ernstes vorgeschlagen, aus den Juden wegen ihrer Tüchtigkeit als Reiter ein besonderes Kavallerieregiment mit einem jüdischen Oberst zu bilden. Hier liegt eine Verwechslung vor. Von einem solchen jüdischen Kavallerieregiment ist zwar in Stölzels „Svarez“ (S. 253) die Rede, es wird aber dort mitgeteilt, daß „der bekannte Wöllner“, der Kultusminister Friedrich Wilhelms II. und dessen früherer Lehrer, der von Friedrich dem Großen als „betrügerischer und intriganter Pfaffe“ bezeichnet wurde, seinem Schüler einen Vortrag gehalten habe, worin er die Errichtung eines jüdischen Kavallerieregiments empfohlen habe. Svarez und Wöllner waren die größten Gegensätze. Um Reiterregimenter hat sich Svarez auch nie gekümmert.



Litteratur

Sozialpolitische Schriften. Da aus Heinrich Freeses Fabrikanten=sorgen (Eisenach, M. Wilkens, 1896) die Zeitungen lange Stellen abgedruckt haben, so bleibt uns nur noch übrig, die Leser zu bitten, sie möchten sich mit diesen Auszügen und Stichproben nicht begnügen, sondern das Schriftchen ganz durchlesen. Hier spricht nicht ein Theoretiker, sondern ein Fabrikant, der so ziemlich alles, was die Sozialdemokraten, als innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung erreichbar, jetzt schon fordern, den Arbeitern seiner vier Fabriken gewährt hat (namentlich den Achtfundentag, Abschaffung aller Über= und Sonntagsarbeit, Arbeiter=ausschüsse, Gewinnbeteiligung und Selbstregierung bei allen Wohlfahrts= einrichtungen) und der versichert, daß bei durchschnittlich zehnjähriger Erprobung dieser Einrichtungen weder er noch die Arbeiter etwas verloren haben, und daß er mit seinen größtenteils sozialdemokratischen Arbeitern in nie gestörter Eintracht lebt. Der Zentralverband deutscher Industriellen hat 1890 sogar die Bestimmung der Gewerbeordnung, wonach sich die Arbeiter bei Erlaß einer Fabrikordnung zu äußern haben, mit Berufung auf die privatrechtliche Natur des Arbeitsvertrags für unannehmbar erklärt. Dazu bemerkt Freese: „Man sieht hieraus zur Genüge, was sich diese Herren eigentlich unter einem Vertrage vorstellen, und man wird bei solchen Worten nur allzusehr an die Worte Niccolo Machiavellis erinnert, daß das Streben des Volks immer viel ehrlicher sei als das der Großen, denn die Großen wollten das Volk unterdrücken, das Volk wolle aber nur nicht unterdrückt sein.“ Es ist erklärlich, daß ein so edler Mann an das, was von den englischen Fabrik=greueln erzählt wird, nicht recht zu glauben vermag; leider sind diese Greuel durch die Berichte von Parlamentskommissionen allennmäßig erwiesen. Freese steht bekanntlich auch an der Spitze der Berliner Bodenbesitzreformbewegung, die eben für